

DEUTSCHER BUNDESTAG

- Referat PB 2 -

Interparlamentarische Organisationen

Platz der Republik
11011 Berlin

Deutsche Delegation in der OSZE PV

- Sekretariat -

Tel.:(030) 227-32830

Fax: (030) 227-36414

E-mail: britta.hanke-giesers@bundestag.de

4. Wintertagung der OSZE PV

Wien (Österreich), 24. bis 25. Februar 2005

Ergebnisvermerk über die

- **Sitzung des Ständigen Ausschusses der OSZE PV**
- **Gemeinsame Sitzungen der drei Allgemeinen Ausschüsse**
- **Sitzung des Allgemeinen Ausschusses für politische Angelegenheiten und Sicherheit (1. Ausschuss)**
- **Sitzung des Allgemeinen Ausschusses für wirtschaftliche Angelegenheiten, Wissenschaft, Technologie und Umwelt (2. Ausschuss)**
- **Sitzung des Allgemeinen Ausschusses für Demokratie, Menschenrechte und Humanitäre Fragen (3. Ausschuss)**

Die Vierte **Wintertagung der Parlamentarischen Versammlung OSZE (OSZE PV)** fand unter dem **Vorsitz des PV-Präsidenten Alcee Hastings (USA)** statt. Mehr als 230 Parlamentarier debattierten kritisch über den Zustand der OSZE und formulierten Erwartungen für die Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung in Washington. Immer wieder stand das Thema „Reform der OSZE“ im Mittelpunkt der Debatte; insbesondere die Problematik, dass die OSZE noch keinen Haushalt verabschiedet hat. Die

Delegierten hörten Ansprachen des **Präsidenten der Republik Österreich, Dr. Heinz Fischer**, und des **amtierenden Vorsitzenden der OSZE, des slowenischen Außenministers, Dimitrij Rumpel**, der Fragen beantwortete. Außerdem sprach der **Generalsekretär der OSZE, Jan Kubis** und verschiedene Vertreter von OSZE-Institutionen. Der **Beauftragte für Medienfreiheit Miklos Haraszi** sprach über die Problematik von Verleumdungen im Medienrecht und der **Hohe Kommissar für Minderheiten, Ekeus** über verschiedene Orte und Aspekte seiner Aktivitäten. Das Thema Menschenhandel wurde in Anwesenheit der **persönlichen Beauftragten des OSZE-Vorsitzes, Helga Konrad**, erörtert. Auch die drei vom OSZE-Vorsitz neu ernannten **Sonderbeauftragten** im Kampf gegen Intoleranz, darunter **Abg. Prof. Weisskirchen** zum Thema **Antisemitismus**, äußerten sich zu ihrer Arbeit. In allen Ausschüssen wurden die in der Jahrestagung zu verabschiedenden Resolutionsentwürfe vorgestellt und diskutiert. (*Programm: Anlage 1; Teilnehmerliste: Anlage 2; News from Copenhagen: Anlage 3*)

Ständiger Ausschuss (*Tagesordnung: Anlage 4; Teilnehmerliste: Anlage 5; Tagesordnungspunkt 1-3*)

Der **Präsident des Österreichischen Nationalrats, Andreas Khol**, sprach sich für eine schwerpunktmäßige Befassung der PV mit Themen des dritten Korbes aus, u. a. die Aktivitäten von **ODIHR**. Die OSZE werde mit ihrer Arbeit im Feld gleichgesetzt. Nach 30 Jahren seit Helsinki habe die OSZE viele Entwicklungen durchlaufen. Er hoffe, dass der vom slowenischen Vorsitz eingesetzte Weisenrat neue Anstöße für eine Reform geben werde.

TOP 4 – Ansprache des Präsidenten der OSZE PV, Alcee Hastings

Der Präsident ging auf seine jüngeren Aktivitäten ein, wobei er offizielle Besuche in den Ländern Türkei, Russland, Ukraine, Tunesien, Marokko etc. nannte. Im Ständigen Rat in Wien habe er über Prioritäten der PV berichtet und die Hoffnung geäußert, dass die Regierungen die Empfehlungen der PV ernst nehmen. Insgesamt hätten sich die Beziehungen verbessert, wie das regelmäßige Briefing des Generalsekretärs zum Haushalt zeige. In seiner Rede vor dem Ministerrat in Sofia am 6./7. Dezember 2004 (*Rede in Anlage 6*) habe er die Beiträge der Versammlung insbesondere bei Wahlbeobachtungen unterstrichen. Enttäuscht äußerte er sich darüber, dass keine Nominierung seitens der Versammlung vorgeschlagenen Personen für den „Weisenrat“¹ erfolgt sei. Ferner verwies er auf seine Ansprache im Europarat und die Ernennung der **Abg. Anne-Marie Lizin (Belgien)** zu seiner

¹ Panel of Eminent Persons, eingesetzt vom Amtierenden Vorsitz

Sonderbeauftragten für Guantanamo. Die Jahrestagung stehe unter dem Thema „30 Jahre Helsinki – die anstehenden Herausforderungen“.

TOP 5, 6 – Abg. Willy Wimmer (Deutschland) sprach die Situation im internationalen Sekretariat nach der Entlassung des Stellvertretenden Generalsekretärs an. Hier sei der Grundsatz auf rechtliches Gehör verletzt worden. **Abg. Boris Gryzlow (Russische Föderation)** plädierte im Hinblick auf die fehlende allgemeine politische Erklärung in Sofia für einen breiteren Kontext der OSZE. Die PV könne eigene Vorstellungen in den Weisenrat einbringen. Von ukrainischer Seite wurde für die Beobachtung der OSZE gedankt.

TOP 7 – Bericht des Schatzmeisters Jerry Grafstein (Bericht in Anlage 7)

Abg. Jerry Grafstein (Kanada) erklärte, die PV bewege sich finanziell innerhalb des vorgesehenen Rahmens. Dies sei auf ein besonders strenges und gutes Finanzmanagement zurückzuführen, das auch unabhängige Prüfer einbeziehe. Er verwies für die Aktivitäten der Versammlung sowie die Aktivitäten des Präsidenten auf die web-site. Lediglich im Bereich Wahlbeobachtungen werde der finanzielle Rahmen wegen der häufigen Aktivitäten überschritten.

TOP 8 – Bericht des Generalsekretärs

Generalsekretär Spencer Oliver betonte den Arbeitsumfang des Sekretariats im Zusammenhang mit den Wahlbeobachtungen und Konferenzen. Die Mission in den USA sei auf zahlreiche Hindernisse gestoßen, da ODIHR nicht beteiligt war. Die OSZE sei die Nummer Eins in der Wahlbeobachtung, was entsprechende Belastungen nach sich ziehe. Zwischen Dezember 1993 und Dezember 2004 hätten knapp achtzehnhundert Parlamentarier mehr als 68 Wahlen beobachtet. Bald seien 70 Missionen abgeschlossen. Trotz Zunahme der Zahl der Tagungen seien die Haushaltsvorgaben eingehalten worden. Für die nun offene Stelle des Stellvertretenden Generalsekretärs hoffe er, in den nächsten Sitzungen einen konkreten Besetzungsvorschlag machen zu können. Das Forschungsassistentenprogramm habe bis jetzt 136 Graduierte aufgenommen. Im Bezug auf den Medienpreis verwies er auf die noch nicht ausreichenden finanziellen Mittel.

Änderungen in der Geschäftsordnung

Die Regelungen zur Wahl des Präsidenten (*Schreiben in Anlage 8*) wurden übereinstimmend dahingehend geändert, dass nur noch zwei Wahldurchgänge statt theoretisch drei erfolgen, da in der bisherigen Praxis selbst der zweite Wahldurchgang nicht zum Zuge gekommen sei.

TOP 10 - Wahlbeobachtungen

Vizepräsidentin Barbara Haering berichtete zu den Wahlbeobachtungen in den USA, die Medien seien sehr interessiert gewesen. Für die Glaubwürdigkeit von OSZE und der USA habe die Mission große Bedeutung gehabt. In ca. einem Monat werde der Bericht von **Botschafter Strohal** vorliegen. (*Anlage 9: OSZE PV-Bericht USA*) Seitens der ukrainischen Delegation wurde zur Wahl in der Ukraine darauf verwiesen, dass Beobachtungen die zunächst korrupte Wahl auch als solche bezeichnet hätten. Bei der endgültigen Wahl seien 1250 internationale Beobachter und 150 Parlamentarier anwesend gewesen. (*OSZE PV-Bericht: Ukraine Anlage 10*) Die belgische Delegation regte an, Parlamentarier sollten auch vor und nach den Wahlen in die Beobachtungsmission eingebunden werden. Von russischer Seite wurde für internationale Beobachter auch in Großbritannien, Finnland und Kanada sowie für Beschlüsse über klare Kriterien für die Wahlbeobachtungen plädiert.

Abg. Willy Wimmer (Deutschland) sprach sich für einen Beschluss der OSZE aus, dass in allen OSZE-Ländern Wahlbeobachtungen zugelassen werden sollen. **OSZE PV-Präsident Alcee Hastings (USA)** stimmte zu, dass dies evtl. in einen Beschluss der Jahrestagung münden könne.

TOP 11 – Bericht über die Arbeit der Ad hoc-Ausschüsse

Abg. Steny Hoyer (USA), Ad hoc Ausschuss für Transparenz, beklagte den nicht verabschiedeten Haushalt der OSZE sowie die Tatsache, dass entgegen des Vorschlages der PV kein Abgeordneter in den Weisenrat übernommen worden sei.

Zum Ad Hoc-Ausschuss Belarus berichtete **Abg. Uta Zapf (Deutschland)**, dass bislang leider keine Erfolge zu verzeichnen seien. Die Arbeitsgruppe gebe aber nicht auf. Man habe an der Wahlbeobachtung teilgenommen. Die Wahlen seien nicht fair und frei gewesen; es gebe keine Verbesserung der Verfassung, keinen ausreichenden Zugang der Opposition zu den Medien. Die Vereinbarung von Edinburgh sei also nicht eingehalten worden. Im Februar habe man Kontakt zur neuen Delegation aufgenommen. Von belarussischer Seite wurde das fortbestehende Interesse am Dialog mit der Arbeitsgruppe bestätigt. Man brauche aber eine

andere Grundlage, konkrete Projekte. Die von Abg. Zapf übermittelten Informationen wurden willkürlich genannt bzw. der Status der Gruppe werde willkürlich ausgelegt. Er unterstrich, dass Belarus heute ein vollwertiges Mitglied der OSZE sei. (*Bericht Belarus: Anlage 11*).

Abg. Nebahat Albayrak (Niederlande) berichtete über die Aktivitäten der im Sommer ins Leben gerufenen **Haushaltsgruppe**. Die Gruppe habe Empfehlungen mit Haushaltswirkungen aufgelistet.. Die Gruppe habe unter schwierigen Umständen anfangen müssen, wolle aber weiter arbeiten. **Abg. Albayrak** kritisierte die fehlende Kontrolle der Umsetzung der Beschlüsse in der Wintertagung. Sie hoffe, dass in der nächsten Sitzung ein Dialog mit entsprechenden Funktionären möglich sei. Die Wintertagung solle sich nicht nur als Kopie der Sommertagung verstehen, sondern einen eigenen Charakter haben.

TOP 12 – Zukünftige Aktivitäten

Die vierte Subregionale Konferenz zum Thema „**Der Hohe Norden – Umwelt, Sicherheit und Zusammenarbeit**“ wird vom **12. bis 13. Mai in Tromsø (Norwegen)** stattfinden. Themen werden der Klimawandel, Nuklearabfälle, Ressourcen-Management etc. sein. (*Anlage 12: Einladung*)

14. Jahrestagung der OSZE PV in Washington (USA)

Das vorläufige Programm, die Einladung und allgemeine Informationen sind als *Anlage 13* beigefügt.

Gemeinsame Sitzung der Drei Allgemeinen Ausschüsse

Einleitend unterstrich **Präsident Alcee Hastings** die Bedeutung der parlamentarischen Begleitung von Institutionen. Nach 30 Jahren seit Helsinki gebe es nun 55 Mitglieder der OSZE, die ihre Rolle für die Zukunft definieren müssen. Die OSZE und auch die PV sei die Nummer Eins im Bereich der Wahlbeobachtung. Weitere wichtige Themenfelder seien die Mittelmeerpartner, Menschenhandel und Antisemitismus.

Der **österreichische Bundespräsident, Dr. Heinz Fischer**, ging auf das 30jährige Bestehen der OSZE im Jahre 2005 ein. Die Kooperation in der Organisation habe zur Überwindung der Gräben des Kalten Krieges beigetragen. In vielen Fällen habe die OSZE einen Beitrag zur

Konfliktlösung geleistet; er bezeichnete die OSZE als Vorreiter im Kampf gegen Intoleranz. Der für eine Reform eingesetzte Weisenrat solle zu einer Neudefinition der Rolle beitragen. Hier könne auch die PV Impulse geben. Österreich wolle sich weiter engagieren, wozu auch die Renovierung des neuen Sitzes der OSZE einen Beitrag leiste.

Der amtierende Vorsitzende der OSZE, Außenminister Dimitrij Rupel (Slowenien) bezeichnete Reformen der OSZE ebenfalls als notwendig. Der Weisenrat habe letzte Woche zum ersten Mal getagt. Die OSZE müsse ihre Rolle im Verhältnis zur EU, NATO etc. in einer europäischen Sicherheitsarchitektur finden. Gegenüber einer Einigung mit Russland, das derzeit die Verhandlungen blockiert, zeigte er sich optimistisch. Im Zusammenhang mit einem Besuch in der Ukraine appellierte er an die PV, die Beziehungen zu intensivieren. Auch den Dialog mit dem Kosovo nannte er wichtig. Weitere bedeutende Felder seien Serbien-Montenegro, der Südliche Kaukasus, Süd-Ossetien, Nagorni-Karabach. Geplant sei ein Seminar über Militärdoktrinen; das Forum für Sicherheitskooperation überwache die Implementierung der Beschlüsse über den Handel mit Klein- und Leichtwaffen. Im Bereich Wirtschaft und Umwelt sei eine Konferenz geplant; im Kampf gegen Diskriminierung habe er drei Sonderbeauftragte ernannt. Als weitere wichtige Aktionspunkte nannte er den Kampf gegen Menschenhandel und die Beziehungen zu weiteren Ländern als Kooperationspartner (nunmehr Mongolei). Fast alle Organisationen seien im Umbau. Fragen wurden gestellt nach einer Reaktion auf den PV-Beschluss zu Guantanamo, zur Wahl in Moldau, zur Stärkung des Bereiches Wirtschaft und Umwelt in der OSZE.

Abg. Willy Wimmer (Deutschland) sprach Defizite im Hinblick auf fremdenfeindliche Aktivitäten und mangelnde Kontrolle der Finanzströme ebenso an wie die Diskrepanz der unterschiedlichen strafrechtlichen Bewertung gleicher Sachverhalte in OSZE-Ländern (Meinungsfreiheit/Volksverhetzung). Weitere Fragen betrafen die Situation und Rolle der OSZE in Georgien, die Haushaltsblockade, Modifizierung der Konsensregel und Reaktion auf die Empfehlungen der PV. Nach der Antwort von Rupel soll sich der Weisenrat auch mit der Konsensregel befassen; die Empfehlungen der PV nannte er wichtig und erklärte, sich für eine bessere Zusammenarbeit einsetzen zu wollen.

Sitzung des Allgemeinen Ausschusses für politische Angelegenheiten und Sicherheit
(Tagesordnung: Anlage 14)

Der **Vorsitzende des Forums für Sicherheitskooperation, Parviz Shahbazov**, ging auf das Problem der Verbreitung von Waffen und der damit verbundenen Terrorismusgefahr ein. Wesentlich sei auch eine Verhinderung von Diebstahl der Materialien. Es gebe in verschiedenen Ländern überschüssige Waffen und entsorgungsreife Sprengstoffe, die nicht ausreichend kontrolliert würden. Die OSZE könne zur Bewusstseinsbildung und Sensibilisierung in dieser Frage beitragen.

Botschafter Janez Lenarcic (Slowenien), **Vorsitzender des Ständigen Rates der OSZE** nannte als Herausforderung an die Organisationen in erster Linie die Haushaltslage, die nur temporäre Finanzvereinbarungen gestatte. Neue Projekte könnten nicht angegangen werden, und es drohe eine Lähmung. Es gebe Uneinigheiten über die Verteilung und den Finanzschlüssel. Der Entscheidungsprozess müsse vorangetrieben werden; er hoffe auf neue Dynamik durch den Weisenrat. Die OSZE passe ihr Mandat an und kümmere sich um Bedrohungen der jetzigen Zeit.

In der anschließenden Diskussion ging Frankreich auf die stärkere Einbeziehung von Parlamentariern in Wahlbeobachtungen ein. Angesprochen wurde auch eine Überlappung von Themen in den Parlamentarischen Versammlungen. Der Vorsitzende des Ständigen Rates antwortete zur Zusammensetzung des Weisenrates, dass der amt. Vorsitzende eine Konsultation mit allen Staaten durchführen musste. Ein Beitrag der PV sei auch ohne Aufnahme der von ihr genannten Person auf mehreren Ebenen möglich: Übermittlung von Vorstellungen an den Rat, die Einrichtung eines eigenen Panels etc. Zur Konsensregel werde sich auch der Weisenrat äußern. Eine Verwässerung der Arbeit von ODIHR oder der Standards bei Wahlbeobachtungen werde man nicht zulassen. Zur Aufgabenteilung erklärte er, die PFP der NATO und die EU-Nachbarschaftspolitik dürften nicht in Konkurrenz zueinander und zur OSZE stehen, sondern müssten sich einander ergänzen. Auch Russland plädierte für konkrete Maßnahmen und verwies auf ein eigenes Reformprogramm für die OSZE, wobei ein Ungleichgewicht zwischen den verschiedenen Dimensionen kritisiert wurde.

In dem anschließenden Bericht des **Leiters des Konfliktpräventionszentrums, Botschafter Lamberto Zannier**, definierte dieser die Aufgabe seiner Organisation als Umsetzung der konkreten Schritte im Bereich der Konfliktverhütung, die Implementierung weicher Sicherheitsinstrumente. Dialog sei das maßgebliche Medium; die Missionen sprechen mit den verschiedenen Regierungen, Behörden und Parlamentariern. Auch Konferenzen finden statt (z.B. Annual Security Review Conference). Zweiter Hauptpunkt sei die Unterstützung der Feldmissionen, deren Budget insgesamt 70 % des OSZE-Budgets ausmache. Auch er unterstrich die Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit anderen Institutionen wie NATO und VN, wobei thematisch oder regional ausgerichtete Maßnahmen infrage kommen. Er verwies im Übrigen darauf, dass die teilweise Umschichtung von finanziellen Ressourcen nicht bedeute, dass Projekte „verschwinden“, sondern manche Projekte eben nicht finanzrelevant seien. Grenzbeobachtung sei ebenfalls ausgeweitet worden, als Beispiel nannte er Georgien. Involviert sei man auch in Nagorni-Karabach. Weitere Themen seien kleine Waffen und die Entsorgung von Landminen.

Der **Stellvertretende Leiter der Antiterrorismuseinheit, Dimitar Jalnev**, erläuterte in Vertretung für Brian Woo die Arbeit der Antiterrorismuseinheit. Der Ministerrat von Sofia habe neue Initiativen ins Leben gerufen. Die Antiterrorismuseinheit diene zur Koordinierung der Arbeit der OSZE bei Maßnahmen im Bereich Terrorismus, wobei die OSZE neben dem repressiven Bereich auch im Bereich der Opferhilfe tätig sei. Insgesamt gebe es ca. 660 Instrumente im OSZE-Raum gegen Terrorismus (Gesetze, Verordnungen etc.). Ein wesentliches Themenfeld sei der Spannungsbereich zwischen Terrorismus und Menschenrechten. An konkreten Schritten nannte er eine OSZE-Konferenz über MANPADS, einen Workshop über Containersicherheit und einen Workshop zum Thema Reisedokumentensicherheit. (vgl. hierzu www.osce.org/atu)

Sitzung des Allgemeinen Ausschusses für wirtschaftliche Angelegenheiten, Wissenschaft, Technologie und Umwelt (*Tagesordnung als Anlage 15*).

Tagesordnungspunkte 1 bis 3:

Ausschussvorsitzender Benjamin Cardin (USA) hob hervor, dass die Resolution ihren Schwerpunkt auf gute Regierungsführung und den Kampf gegen die Korruption legen sollte.

Darüber hinaus sollten die OSZE und die Teilnehmerstaaten ihr Augenmerk auf die Förderung kleinerer und mittlerer Unternehmen legen.

Berichterstatte des Ausschusses Leonid Ivanchenko (Russische Föderation) berichtete über die Themen, die während der Jahrestagung in Washington zur Sprache gebracht werden sollten. In diesem Zusammenhang erwähnte er die Notwendigkeit, die Schlussakte von Helsinki in eine Kooperation zwischen den Ländern umzusetzen und so die Lebensfähigkeit des Dokuments unter Beweis zu stellen. Es ginge vor allem auch um die Berücksichtigung ökologischer Aspekte wie zum Beispiel den Klimawandel oder die Verschmutzung der Ozeane; es müsste rechtzeitig entgegengesteuert werden. Wie fragil unsere Umwelt sei, hätte die letzte Umweltkatastrophe gezeigt. Im Kontext der Bekämpfung internationaler Verbrechen wie Drogenhandel, Korruption und Geldwäsche sowie der Unterstützung nationaler Minderheiten käme es darauf an, stärker als bisher zu kooperieren. Als stabile Rahmenbedingungen müssten rechtliche Normen geschaffen werden. Globalisierung führe zu Ungleichgewichten. Die ökonomische Kooperation sei ein wesentliches Moment der Zusammenarbeit innerhalb der OSZE. Beim „Rebalancing“ käme es darauf an, ein neues Gleichgewicht zu schaffen, die einzelnen Rollen bzw. Dimensionen zu stärken und keine zu schwächen: Hierbei wurden drei Dimensionen angesprochen: die menschliche, die Sicherheits- und die ökologisch-ökonomische Dimension. Endlich müsse die ökologisch-ökonomische Dimension, bei der es u. a. um die Reduzierung des Energieverbrauchs, die Nutzung neuer Energiequellen und Technologien sowie den Aufbau effizienter Formen der Kooperation gehe, in ihrer ganzen Bedeutung festgeschrieben werden.

Im Rahmen der sich daran anschließenden allgemeinen Debatte wurde die – europäische und transatlantische - Verbindung zwischen Wirtschaft und Sicherheit hervorgehoben. Geldwäsche und Korruption würden fatale ökonomische Folgen zeitigen.

Abg. Doris Barnett (Deutschland) sprach an, wie wichtig es sei, in die Resolution auch soziale und Umweltstandards einzubinden. Es ginge um die Entwicklung neuer Instrumente wie z. B. die Erarbeitung von Fortschrittsberichten über die Entwicklung in den einzelnen Ländern zu solchen Fragen wie soziale Entwicklung, Arbeitsmarkt, Menschenhandel und Prostitution.

Tagesordnungspunkte 4 bis 5:

Frédéric Fournier, Vertreter des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes (ICRC) ging auf Aktivitäten des ICRC im Zusammenhang mit der letzten großen Umweltkatastrophe ein. Da die betroffenen Länder unterschiedliche Kapazitäten hätten, auf die Katastrophe zu reagieren, käme es auf ein differenziertes Agieren des ICRC an. Er erwähnte die enormen logistischen Probleme, vor denen das ICRC gestanden habe: Die Infrastruktur sei zerstört gewesen; Fachkräfte wie z. B. Ärzte in den Krankenhäusern wären selber durch die Katastrophe zu Tode gekommen. Da die Kommunikationstechnik zerstört gewesen sei, hätten Entscheidungsträger nicht miteinander kommunizieren können. Die Zerstörung sei mit einer Zerstörung nach bewaffneten Konflikten vergleichbar gewesen. Frédéric Fournier verwies auf die Website des ICRC, auf der letzte Daten und Zahlen abgerufen werden könnten.

In der sich anschließenden Diskussion kam zur Sprache, dass man nicht nachlassen dürfe, den betroffenen Menschen zu helfen. Getätigte Zusagen müssten eingehalten werden. Wichtig sei neben psychologischer Hilfe auch die Vergabe von Mikrokrediten z. B. an von der Katastrophe betroffene Fischer. Die Katastrophe könne auch als Chance begriffen werden, dem Frieden zum Durchbruch zu verhelfen: So halte in der Region Aceh der Waffenstillstand noch immer an. In seinen zusammenfassenden Bemerkungen schloss Fournier, die betroffene lokale Bevölkerung müsse ihre Geschicke selbst in die Hände nehmen. Es gehe um Hilfe zur Selbsthilfe. Hierbei könnten die Geberländer die religiösen und sozialen Aspekte nicht ausreichend genug berücksichtigen.

Patrick Moulette, Leiter der Abteilung Antikorruption der OECD, hob in seinen Ausführungen hervor, Korruption dürfe nicht unter den Begriff „Business as usual“ fallen. Bestechung von Amtsträgern müsse als Verbrechen nach nationalem Recht definiert werden. Wichtig für das Monitoring seien hierbei Mechanismen zur Überprüfung, inwieweit die Konventionen umgesetzt seien. Beobachter sollten in einzelne Länder entsandt werden, um z. B. Vertreter der Medien und Zivilgesellschaften zu interviewen. Die Mentalität müsse sich ändern. Im Jahre 2004 hätten verschiedene Konferenzen stattgefunden, um die UNO-Antikorruptionskonvention zu fördern.

Tagesordnungspunkt 6

Marcin Swiecicki, Koordinator für Ökonomische und Ökologische Angelegenheiten der OSZE (Polen) betonte, im Kampf gegen den illegalen Handel („Trafficking“) sei die Kooperation mit Einrichtungen der Zivilgesellschaft besonders wichtig. Hierbei käme u. a. auch den Nichtregierungsorganisationen eine besondere Rolle zu. Programme zur Bekämpfung des illegalen Handels und Drogenhandels hätten oft Modellcharakter, die zur Bewusstseinsbildung beitragen können.

Sitzung des Allgemeinen Ausschusses für Demokratie, Menschenrechte und Humanitäre Fragen (*Tagesordnung: Anlage 16*)

Der Ausschuss für Demokratie, Menschenrechte und humanitäre Fragen wurde von der **Vorsitzenden, Abg. Claudia Nolte (Deutschland)** eröffnet unter Hinweis auf die seit Helsinki stattgefundenen Veränderungen. Es gebe noch viele Herausforderungen, wobei sie die eingefrorenen Konflikte und die mangelhafte Erfüllung demokratischer Standards bei Wahlen nannte. Ein weiterer Schwerpunkt sei der Kampf gegen Menschenhandel.

Rolf Ekeus, Hochkommissar für nationale Minderheiten, nannte als geografische Schwerpunkte seiner Tätigkeit den Balkan, Serbien-Montenegro, Moldau und Abchasien. In Edinburgh habe es einen Vorschlag für eine Studie über neue Minderheiten in traditionellen Demokratien gegeben, wozu er Untersuchungen angestellt habe. Es gebe Überschneidungen, die einen Meinungs-austausch zwischen Institutionen sinnvoll machen. Eine Erstellung der Studie würde aber die Prioritäten des Mandats überschreiten, da der Hochkommissar ein Instrument der Konfliktverhütung ist. Der entscheidende Mechanismus bei alten Minderheiten sei dann gegeben, wenn eine Minderheit bestimmte Rechte ausüben wolle, ihr diese verweigert werden, was zu Spannungen führt. Dann könne eine Krise mit der Gefahr der Abspaltung eintreten. Neue Minderheiten seien aber anders strukturiert; sie wollten Nutzen ziehen aus dem Staat, in den sie gezogen sind. Die Stärkung der Demokratie ermögliche in dem Fall die Spannungslösung. Gemeinsamkeiten zwischen alten und neuen Minderheiten lägen in der Art der Kulturbewahrung oder im Herangehen an Probleme. Schlüsselfragen seien letztlich die Teilhabe am wirtschaftlichen und kulturellen Leben und Zugang zu Erziehung und Bildung. Der internationale Rechtsrahmen zeige auch eine Überschneidung bei neuen und alten Minderheiten: Gleichheit vor dem Gesetz und Minderheitenschutz beinhalte

auch einen Anspruch auf eigene Kultureinhaltung und -ausübung. **Ekeus** begrüßte, dass der Schutz von Minderheiten auch in die EU-Verfassung aufgenommen werden soll.

Der Bericht von Botschafter Christian Strohal², Büro der OSZE für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) ist als Anlage 17 beigelegt.

Der **Beauftragte für die Medienfreiheit, Miklos Haraszti**, bat um Unterstützung der Kampagne für zivile Rechtsbehelfe gegen Ehrenbeleidigungen und Schmähungen. Er problematisierte die in manchen Ländern gegebene Kriminalisierung von Meinungsäußerungen mit der Folge von Strafanordnungen gegen Journalisten, die man auf Grund unliebsamer Kritiken mundtot machen kann.

In der anschließenden Diskussion sprach **Abg. Willy Wimmer (Deutschland)** u. a. das Problem der Konzentration im Pressewesen an und kritisierte, dass Trends in der OSZE zu einer Art Demokratie „light“ oder Völkerrecht „light“ auf Kosten der grundlegenden Werte führen könnten. **Abg. Uta Zapf (Deutschland)** fragte nach der Situation in Mazedonien.

Miklos Haraszti erklärte, er habe einen Punkt herausgegriffen, um die Verhaftung von Journalisten unter einem Vorwand zu verhindern. Nicht alle Probleme in der Medienwelt könnten in der Kürze der Zeit angesprochen werden. Auch er halte ein Monopol für die größte Gefahr für die Meinungsfreiheit, wobei Privatisierung nicht grundsätzlich als problematisch anzusehen sei. Die Lage in Mazedonien bezeichnete er in der Tat als wichtigen Punkt. Man müsse noch viel tun, um die albanische Minderheit zu integrieren.

Die **Vorsitzende** sprach sich für einen umfassenden Bericht auch während der Jahrestagung in Washington aus, auf der die Themen nochmals aufgegriffen werden.

Anschließend stellte **Anne-Marie Lizin (Belgien)** ihren Bericht und den Entschließungsentwurf vor (*Entschließungsentwurf Anlage 18*). Der Bericht befasste sich unter dem Stichwort „30 Jahre seit Helsinki“ mit dem wichtigen Thema Schutz der Menschenrechte, wobei der Schutz durch den Staat und vor dem Staat sowie zwischen den Staaten umfasst werde. Ein weiterer wichtiger Komplex sei der Menschenhandel. Die Berichterstatterin appellierte an die Versammlung, noch weitere Themen einzubringen. Sie

² Strohal konnte wegen krankheitsbedingter Verhinderung nicht persönlich vortragen.

selbst nannte noch als einzubeziehende Punkte Frauenrechte, Kampf gegen Armut, Rolle der politischen Parteien im Kampf und Menschenrechte im Kampf gegen Terrorismus und Kinderpornographie.

Tone Tingsgard, Sonderbeauftragte für Genderfragen, konstatierte, trotz des Bekenntnisses aller Seiten zum Kampf gegen Menschenhandel und Gewalt an Frauen nehme das Problem zu. Manchmal werde die Prostitution legalisiert, was sie persönlich für falsch halte. Frauen würden von mehreren Seiten ausgebeutet und das schwedische Prostitutionsverbot wirke sich nach ihrer Auffassung abschreckend für Menschenhändler aus.

Abg. Christopher Smith (USA), Sonderbeauftragter des PV-Präsidenten gegen Menschenhandel, bezifferte die Zahl der Opfer des Menschenhandels auf 600.000 bis 800.000 pro Jahr, von denen 80 % Frauen seien. Auch er bezeichnete die Prostitution als grundsätzlich degradierend für Frauen. Überwiegend wollten diese die Prostitution aufgeben.

Helga Konrad, Sonderbeauftragte gegen Menschenhandel der OSZE, betonte, der Komplexität des Menschenhandels sei nicht mit Einzelmaßnahmen zu begegnen, sondern erfordere einen umfassenden Ansatz. Hier nannte sie insbesondere eine Reduzierung der Armut, Erziehungsmaßnahmen, Menschenrechtsschutz, Einwanderungsrechte usw. Menschenhandel finde nicht nur zum Zwecke der Prostitution statt, sondern auch zur Vermittlung der Frauen in sklavenähnliche Arbeitsplätze, Zwangsverheiratung, Organhandel etc. Oft würden die Frauen nicht als Opfer erkannt, sondern primär als illegale Einwanderer behandelt. Legalisierung des Status sei daher ein Muss in der Bekämpfung des Menschenhandels; Hilfe für die Opfer müsse im Vordergrund stehen. Wünschenswert sei die Einrichtung nationaler Koordinatoren; oft fehle es an einer Zusammenarbeit zwischen NGOs und Regierungen.

In der gemeinsamen Sitzung der drei Allgemeinen Ausschüsse erläuterte die Genderbeauftragte den neuen Aktionsplan, der Verbesserungen der gender balance vorsehe. Die OSZE sei noch viel zu zurückhaltend bei einzelnen Maßnahmen. Keine Frau befinde sich in der High Level Group. Hier müsste sich die Kultur grundlegend ändern. Zu wenige Frauen gebe es auch in den nationalen Delegationen. Ein Ziel des Planes sei, hier eine ausreichende Beteiligung sicherzustellen, und ansonsten eine Art Quotensystem einzuführen.

Botschafter Jan Kubis, Generalsekretär der OSZE, nannte als besondere Punkte in der vergangenen Zeit die Begleitung der Wahl in der Ukraine und die Managementreform in der OSZE. Die OSZE befinde sich in einer schwierigen Situation, die er mit einer politischen Krankheit verglich. Die Organisation behandele nicht die wichtigen Fragen; manchmal gebe es zu wenig Diskussion. Russland blockiere die Haushaltsverabschiedung, so dass man keinen Beschluss über den Haushalt und keinen Verteilungsschlüssel habe. Hier seien in Wahrheit andere Gründe maßgeblich. Manche plädierten dafür, die OSZE zu schließen oder zu fusionieren. Derzeit könne bei der NATO besser und freier diskutiert werden als in der OSZE. Andererseits sei die „Krankheit“ nach seiner Auffassung nicht unheilbar; der Weisenrat solle Vorschläge zur Überwindung der Krise entwickeln und über das Konsensprinzip diskutieren. Er regte an, bei anderen Organisationen etwas abzuschauen, z. B. bei der EU, um neue Ansätze zu finden. **Jan Kubis** nannte eine Diskussion in den nationalen Parlamenten hilfreich, um zur Verabschiedung des Haushalts beizutragen.

Vizepräsidentin Barbara Hearing (Schweiz) plädierte für mehr Transparenz im Haushalt und ein Kontrollrecht der Versammlung. **Jan Kubis** sagte hier seine Unterstützung zu. Auf die Resolutionen der PV solle es eine strukturiertere Antwort geben.

Der Sonderbeauftragte des OSZE-Vorsitzenden für Antisemitismus, Abg. Prof. Gert Weisskirchen (Deutschland) ging auf Auschwitz und seine bis heute unveränderten Auswirkungen ein. Leider sei man immer noch nicht vom Antisemitismus befreit, sondern dieser erlebe eine Wiedererstärkung. Die Gründe hierfür seien teilweise in Unsicherheit in den modernen Gesellschaftsstrukturen zu suchen. Hohe Arbeitslosigkeit führe zu Krisen, Gewalt, die Antisemitismus begünstigen. Die Sonderbeauftragten im Themenfeld Toleranz forderten einen ganzheitlichen Ansatz gegen Antisemitismus, Rassismus und Intoleranz. Bessere Zusammenarbeit zwischen Parlamenten, Regierungen und NGOs sei ebenso erforderlich wie eine stärkere Überwachung der Implementierung. Man wolle Empfehlungen formulieren z. B. für den Umgang mit Hass-Straftaten. Als notwendige Schritte nannte er die Identifizierung strategischer Prioritäten, die nicht mit den anderen Organisationen deckungsgleich seien. Wichtig seien ein standardisierter Datensammelmechanismus und die Ermutigung der Zivilgesellschaft, in Parlament und Nichtregierungsorganisationen eine Debatte über Antisemitismus zu führen und diese auch zu verbreiten. Weiteres wichtiges Standbein sei der Bereich Erziehung (z.B. Holocaust Education). Die PV habe den Impuls zur Einrichtung der Sonderbeauftragten gegeben. Er rege an, ein Panel bedeutender Personen speziell zum Thema Antisemitismus einzusetzen, das

ein Aktionsplan entwickle und die OSZE-Antisemitismus-Konferenz in Cordoba³ vorbereiten könne.

Der **Sonderbeauftragte im Kampf gegen Antiislamismus, Omor Orhun**, ging auf Intoleranz und Diskriminierung gegenüber Muslimen ein. Man brauche keine neuen Normen, sondern die Umsetzung vorhandenen Rechts. Wichtig sei die Souveränität durch strukturelle Vielfalt.

Anastacia Crickley, Sonderbeauftragte des OSZE-Vorsitzenden im Kampf gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (Irland), nannte als wichtige Forderungen die verstärkte Einbeziehung der Zivilgesellschaft, Bewusstseinsbildung und Schaffung von Bedingungen für Teilhabe der verschiedenen Gruppen. Außerdem solle man beispielhaftes Vorgehen (best practices) verbreiten.

Abschließend wurde aus den Sitzungen der drei Allgemeinen Ausschüsse berichtet.

Der **Generalsekretär** informierte die Mitglieder, dass die **Herbsttagung** nunmehr in **Serbien-Montenegro vom 7. bis 9. Oktober 2005 stattfinden werde.**

Abschließend bekundete **PV-Präsident Alcee Hastings** den Willen der Versammlung, die OSZE bei anstehenden Reformen zu unterstützen und schloss die Sitzung.

³ Juni 2005